

Subvention. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des Vizebürgermeisters Hoß für den Oesterr. Arbeitgeber-Hauptverband zur Förderung der Arbeitsvermittlung eine Subvention von 500 K bewilligt.

---

Armenratswahl. Vom Stadtrate wurde über Antrag des StR. Dr. Haas die Wahl des Leopold Amtmann zum Armenrat des 3. Bezirkes bestätigt.

---

Wiederbelegung im Kaiser-Ebersdorfer Friedhof. Vom 1. Februar d. J. an werden die Kinder-Schachtgräber in den Reihen 1 bis 4 der Gruppe D des Kaiser -Ebersdorfer Friedhofes wiederbelegt. Diese Gräber wurden in der Zeit vom 19. April 1896 bis zum 5. Dezember 1897 belegt. Exhumierungen aus diesen Gräbern sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig. Die bezüglichen Gesuche sind bis längstens 25. Jänner 1916 bei dem Wiener Magistrate Abteilung X (1. Bezirk Neues Rathaus, Lichtenfelsgasse, Stiege 3, Hochparterre) einzubringen. Verspätet überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt. Vor der Wiederbelegung werden die auf den Gräbern befindlichen Grabkreuze auf Kosten und Gefahr der Eigentümer entfernt und an geeigneter Stelle im Friedhofe hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die binnen Jahresfrist nach der Abräumung ihr Eigentumrecht nachweisen, ausgefolgt. Ueber den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde. Da aber eine Exhumierung der in jenen Gräbern bestatteten Leichen von amtswegen nicht stattfindet, dieselben vielmehr in den Gräbern belassen werden, steht es den Parteien auch frei, die aus der Zeit der ersten Belegung stammenden Grabkreuze nach Wiederbelegung des betreffenden Schachtes auf den Grabhügeln gegen Erlag der vorgeschriebenen Gebühren wieder aufstellen zu lassen.

---

Kirchenmusik in der Pfarrkirche Gersthof am Donnerstag, 6. d. M. :  
Introitus und Communion-Choral, Messe in D Nr. 9 von Horak, Graduale Omnes de Saba von Eybler, Offertorium: Reges Tharsis von Filke, Tantum ergo von Schubert.

---

Vorrückung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat über Antrag des StR. Tomola ernannt: Bezirksaushilfslehrer Rudolf Kindermann zum Bürgerschullehrer, provisorische Lehrerin Katharina Pfannerer zur Volksschullehrerin 2. Klasse und die provisorischen Lehrer Raimund Göd und Rupert Wasinger zu Volksschullehrern 2. Klasse.

---

Subvention. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Tomola an den Unterstützungsverein für Zöglinge der k. k. Staatslehrerbildungsanstalt eine Subvention von 200 K bewilligt.

---

NB. Abends folgt ein längerer Bericht über die Beratung in der Obmänner-Konferenz bezüglich der Erhöhung der Wählpreise und über die Audienz des Bürgermeisters beim Minister.

---

Schluß des Berichtes über die Obmännerkonferenz.

In der sich hierauf entwickelnden Debatte ergriff als erster Oberkurator Steiner das Wort und erklärte, daß keine während der ganzen Dauer des Krieges erlassene Verordnung eine so ungeteilte Kritik gefunden und eine so einhellige Mißbilligung hervorgerufen habe, wie die Verordnung vom 31. Dezember 1915. Von dem Briefe des Ministers des Innern könne er sich nicht befriedigt erklären.

Die Ausführungen des Briefes seien nicht geeignet, volle Aufklärung über die Verhältnisse zu verschaffen und er müsse darauf hinweisen, welche Empörung in der Bevölkerung über diese Regierungsmaßnahme entstanden sei und wie gerade in den ärmsten Kreisen der Druck dieser Erhöhung am bittersten empfunden werde. Er halte die Durchführung dieser Verordnung für unmöglich und er könne keinen anderen Antrag stellen, als daß an die Regierung die Forderung gerichtet werde, diese Verordnung sofort außer Kraft zu setzen.

Gemeinderat Dr. Hein bezeichnet die Verordnung als antisozial und weist nachdrücklich darauf hin, daß diese Verordnung geradezu eine Spezialbesteuerung der städtischen Bevölkerung beinhalte. Man spreche von einem großen Defizit in der Kriegsgetreideverkehrsanstalt. Die Öffentlichkeit habe ein Recht zu verlangen, daß hierüber volle Klarheit geschaffen werde. Insbesondere vom Wiener Standpunkte müsse er gegen diese Verordnung protestieren, da ja Wien durch diese Mehlerhöhung, wie er die Erhöhung bezeichnen wolle, am härtesten getroffen werde, während die ländliche Bevölkerung, die ohnedies durch die Steigerung der Lebensmittelpreise profitiere, von dieser Maßnahme verschont bleibe, da ja am Lande die Selbstverbraucher kein Mehl kaufen und daher auch keine erhöhten Mehlpreise zu zahlen haben. Die spezielle Besteuerung der städtischen Bevölkerung trete umso schärfer hervor, weil die ländliche Bevölkerung eine höhere Kopfquote zugewiesen erhalten habe. Nicht einmal der Beirat der K.G.V.A. sei vorher gefragt worden. Die rumänischen Importe seien auch noch nicht eingelangt und er könne sich daher nur voll und ganz dem Antrage Steiner anschließen.

Vizebürgermeister Hof erklärt, daß er als Mitglied des Beirates der Kriegsgetreideverkehrsanstalt nicht gefragt worden sei, daß überhaupt dieser Beirat bisher nur zu zwei Sitzungen einberufen wurde und gar nicht in der Lage war zu den Maßnahmen der K.G.V.A. Stellung zu nehmen. Er werde noch in die Sitzung am 20. d.M. gehen und je nach dem Ergebnis der Sitzung seine Konsequenzen ziehen. Im übrigen spreche er ebenfalls für den Antrag Steiner.

Gemeinderat Leitner weist darauf hin, daß infolge der Mehlmangel wiederum die Ansammlungen vor den Mehlmüllstellen zu besorgen werden und daraus mit Recht gefolgert werden könne,

daß das Mehl nunmehr neben den Kartoffeln die einzige Volksernährungsbilde. Es sei daher tief bedauerlich, daß die Regierung, um das Defizit der K.G.V.A. zu decken, zu einer solchen Mehlerhöhung geschritten sei.

Gemeinderat Dr. v. Dorn fordert, daß die Vertreter der Gemeinde im Beirats der K.G.V.A. bei der für den 20. d.M. anberaumten Sitzung den Standpunkt der Gemeindeverwaltung nachdrücklich vorbringen und aus dem weiteren Verhalten dieser Gesellschaft die notwendigen Konsequenzen ziehe, denn es sei unmöglich, daß weitere Gemeindevertreter in dieser Korporation verbleiben würden, wenn die vitalsten Interessen der Bevölkerung keine Beachtung finden.

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller führt aus, daß die neue Mehlvorschriften ohne Zweifel einen recht ungünstigen Einfluß auf die Verhältnisse des Mehlmarktes nehmen werden und betont, daß die Vermutung, es werde das in Oesterreich ausfallende Quantum an Kochmehl durch ungarische Importe ersetzt werden, leider auch seinem Zweifel begegnen müsse. Er richtet an den Marktdirektor die Frage, ob die verschiedenen dann im Verkehre stehenden Mehlsorten österreichischer, ungarischer und rumänischer Provenienz durch die Marktorgane leicht unterschieden werden können. - Marktdirektor Kommerzialrat Bauer bejaht diese Frage. - Außerdem halte er es für notwendig, daß die Obmänner-Konferenz sich schon heute mit der Frage der Abänderung der Brotkarte befasse, damit noch rechtzeitig bevor die Regierung eine neue Norm erlasse, die Gemeindeverwaltung Stellung nehmen können. Er müsse sich auch entschieden gegen eine Herabsetzung der Brot- oder Mehleration aussprechen.

Gemeinderat Reumann führt aus, daß die Verordnung in allen Kreisen überrascht habe und zu dem lautesten Mißmut anlaß gebe. Es sei ganz und gar ungebührlich, daß die Bevölkerung, welche unter der Kriegesnot schwer leide, neuerlich durch eine so empfindliche Erhöhung der Mehlpreise belastet werde. Er betont insbesondere, daß es doch nicht angehe, in einer solchen Frage nicht vorher den Bürgermeister und die Gemeindeverwaltung von Wien zu verständigen. Es sei tief zu bedauern, daß diese Verordnung eine Überraschung auch für die Gemeindeverwaltung war, die dadurch gar nicht in die Lage kam, rechtzeitig dagegen sich zu wehren. Es handle sich nicht bloß um die Mehlerhöhung, die ja doch nicht einseitig angefaßt werden könne in einer Zeit, da alle notwendigen Lebensmittel und Konsumartikel im Preise bereits so hoch sind, daß sie für die Bevölkerung nahezu unerschwinglich seien. Auch er stehe auf dem Standpunkte, daß der Regierung nachdrücklich Vorstellungen gegen diese Verordnung unterbreitet werden und daß die sofortige Aufhebung begehrt werde. Es sei ihm auch unfaßbar, daß diese Maßnahme im Briefe des Ministers als eine soziale hingestellt werde, während er sie als das gerade Gegenteil bezeichnen müsse. Es handle sich nicht bloß darum, daß Brotmehl zu entsprechenden Preisen abgegeben werde, sondern auch um das Kochmehl, welches gerade in den kleinen-

ren Haushaltungen in der Kriegszeit die größte Rolle spiele.

Gemeinderat Skaret kritisiert die Gebarung der K.G.V.A. und wendet sich insbesondere gegen deren Forderung, daß für die schon im Vorjahre bezogenen Mehlvorräte nunmehr die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Preise nachgezahlt werden soll. Er verlangt, daß die Gemeinde jede Nachzahlung verweigere.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner resümiert den Verlauf der Debatte und konstatiert, daß die Obmännerkonferenz in der erlassenen Verordnung eine schwere Schädigung insbesondere der großstädtischen Bevölkerung erblickt und sich einmütig für die sofortige Aufhebung dieser Verordnung ausspricht. Der Bürgermeister unterbricht die Obmännerkonferenz und vertagt sie für Freitag 10 Uhr vormittag. Hierauf begibt sich der Bürgermeister mit den Obmännern Steiner, Dr. Hein und Reumann zum Minister des Innern. Prinz Hohenlohe empfing sofort die Abordnung der Stadt Wien und Bürgermeister Dr. Weiskirchner nahm den Anlaß wahr, um den Verlauf der Obmännerkonferenz eingehend dem Minister zu berichten und von ihm zu verlangen, daß die Statthaltereiverordnung vom 31. Dezember 1915 ohne Verzug außer Kraft gesetzt werde. Die Mitglieder der Abordnung schilderten dann eingehend die Verhältnisse, welche die Obmänner-Konferenz zu ihrer Entschluß gebracht habe und stimmten den Ausführungen des Bürgermeisters vollinhaltlich zu.

Minister Prinz Hohenlohe erklärte, daß er die schwere Belastung, welche die Bevölkerung durch diese Verordnung treffe, nicht verkenne, er mache aber aufmerksam, daß ja noch schwierigere Zeiten kommen und der Bevölkerung auch noch weitere Lasten als Folge des Krieges auferlegt werden. Er wies die Deputation an den Ministerpräsidenten, da unter dessen Vorsitz die Beratungen stattgefunden haben und die Verordnung in erster Linie als eine finanzielle Maßnahme aufzufassen sei. Es wäre doch kaum möglich, daß die Anlagen, welche durch die Meherversorgung der K.G.V.A. erwachsen, durch Schulden gedeckt werden, denn schließlich und endlich müsse für alle Schulden auch die entsprechende Deckung gesucht werden.

Mit Rücksicht auf das Ergebnis der Audienz hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner beim Ministerpräsidenten sich für morgen mit den Obmännern der Gemeinderatsparteien zur Audienz angemeldet.